

MMag. Monika Bodner, BA  
Bundesrealgymnasium  
Adolf-Pichler-Platz 1  
6020 Innsbruck

Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Lehrerdienstrechtes, mit der Bitte um Veröffentlichung auf der Homepage des Nationalrates.

Aufgrund der folgenden Punkte (Auswahl!) kann der Gesetzesentwurf zum neuen Lehrerdienstrecht nur abgelehnt werden:

- Die LehrerInnen stehen zwar aufgrund der Anhebung der Lehrverpflichtung auf 24 Stunden (+drei weitere Stunden) mehr in der Klasse als bisher! Die Qualität des Unterrichts kann sich als Konsequenz dessen nur vermindern, bedenkt man, dass jeder einzelne Lehrer eine größere Anzahl von Klassen und SchülerInnen zu betreuen hat und daher auch mehr Vorbereitungsarbeit leisten muss. Eine individuelle Betreuung einzelner SchülerInnen, die spezielle Förderung benötigen würden, wird dann wohl schlicht unmöglich sein.
- Mehr Arbeit für weniger Geld!
- Die Verpflichtung von Unterrichtspraktikanten neben der vollen Lehrverpflichtung im ersten Dienstjahr auch noch Hospitationen beim Betreuungslehrer sowie nebenbei pädagogische Begleitkurse zu besuchen wird Neueinsteigern den Einstieg in den Beruf deutlich erschweren. Man bedenke, dass sie nebenbei in den ersten fünf Dienstjahren die Ausbildung zum Master nachmachen sollten, auch wenn sich der Dienstort weit weg von der nächsten Universität bzw. Hochschule befindet.  
Ein kreativer und projektorientierter Unterricht, den gerade JunglehrerInnen häufig gerne machen würden, wäre dann schlichtweg zeitlich nicht mehr möglich! → Verschlechterung der Unterrichtsqualität auch bei motivierten, frisch ausgebildeten JunglehrerInnen!
- Die Zulagen der Lehrverpflichtungsgruppen I-III betreffen nur Lehrende bestimmter Fächer. LehrerInnen, die wie ich kreative Fächer wie beispielsweise Musikerziehung unterrichten, erhalten keine Zulagen, weder in Unter- noch in Oberstufe! Dieser Entwurf scheint mir nicht durchdacht zu sein, da man berücksichtigen muss, dass auch in derartigen Fächern ein enormer Vorbereitungsaufwand Voraussetzung für einen qualitativen Unterricht ist.
- Die geforderte Anwesenheit der DirektorInnen im Schulgebäude während der gesamten Unterrichtszeit bedeutet eine deutliche Anhebung der Arbeitszeit bei gleichzeitigen finanziellen Einbußen gegenüber der LehrerInnengehälter. Wer wird sich freiwillig mit vollem Elan dieser herausfordernden und verantwortungsvollen Aufgabe unter diesen schlechten Bedingungen widmen?
- Die Tatsache, dass jeder Lehrer/ jede Lehrerin an jeder beliebigen Schulart in jedem Fach eingesetzt werden kann, auch wenn er/sie dafür keine Ausbildung gemacht hat, kann wohl kaum in Richtung einer verbesserten Unterrichtsqualität gehen, sondern diese eher vermindern.

Ich denke, dass dieser Gesetzesentwurf völlig ungeeignet ist und eine qualitative Bildung der Jugendlichen unter diesen Voraussetzungen zukünftig sehr ungewiss ist.

Mit freundlichen Grüßen,  
Monika Bodner